Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München,



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 52 **München / 4. Jahrgang** **28. Dezember 1917**

Eine zionistische Tagung in Berlin.

Am 23. Dezember fand in Berlin eine Plenarsitzung des Zionistischen Zentralkomitees statt. Nach den bedeutungsvollen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit bestand selbstverständlich bei den führenden deutschen Zionisten der Wunsch, sich über die Neugestaltung der politischen Lage auszusprechen und über alle in Aussicht stehenden Möglichkeiten zu beraten. Der erste Verhandlungstag war fast ausschließlich der Erörterung politischer Fragen des Zionismus gewidmet. Er gipfelte in der Annahme einer Resolution der Zionist. Vereinigung für Deutschland, die wichtige Beschlüsse bezüglich Palästinas, der besetzten Gebiete im Osten und Rumäniens enthält. Bemerkenswert an dieser Sitzung war die hoffnungsfrohe und dabei ernste Stimmung, von der sie getragen war, da alle Beteiligten sich der großen Verantwortung bewußt waren, die von dem Augenblick ab, da die politischen Wünsche der Organisation ihrer Erfüllung näher gerückt sind und man mit der praktischen Durchführung großzügiger Kolonisationspläne rechnen darf, auf ihnen lastet. Die Frage, wie man jüdische Einzelexistenzen und größere Massen auf die Ansiedlung in Palästina am besten vorbereiten könne, nahm in den Verhandlungen einen breiten Raum ein.

Bemerkenswert ist es, daß man auch in diesem Augenblick über der Palästina-Arbeit nicht die Arbeit in den anderen Ländern vergißt, sondern im Gegenteil durch die Billigung der allenthalben sich vorbereitenden Kongreßbewegung und durch energisches Eintreten für die Rechte der Juden in Osteuropa an der Lösung der großen sozialen Probleme der jüdischen Massen mitzuwirken bestrebt ist.

Auf politischem und organisatorischem Gebiet hat die Berliner Tagung reiche Ergebnisse gefördert.

Der zweite Sitzungstag war vor allem der Erörterung kultureller und erziehlicher jüdischer Aufgaben gewidmet. Über die bereits in Angriff genommenen und geplanten Arbeiten des im vorigen Jahre gegründeten Kulturausschusses werden wir in unserer nächsten Nummer berichten, in der wir auch die Eröffnungsrede und die gefaßten bedeutsamen Resolutionen bringen werden.

Das Schicksal der reformierten Gemeinden in Polen.

Von S. Jonassohn, Warschau.

Die Verordung vom 1. November 1916, betreffend „die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau“, hat in Deutschland und darüber hinaus in der ganzen Welt großes Aufsehen gemacht. Nicht nur die jüdische Presse, sondern auch die allgemein-deutsche hat dieser Reform ihre Spalten gewidmet, was in Bezug auf jüdische Angelegenheiten selten der Fall ist. Man hat diese Reform nicht bloß als eine sehr weitgehende Konzession an die Juden Polens, sondern auch als eine Garantie der „jüdischen Unabhängigkeit“ ausgegeben. Das war übertrieben. Der zu hohe Lobgesang war teilweise darauf zurückzuführen, daß man fälschlicherweise die neue Organisation der Juden in Polen mit der früheren Unorganisiertheit in Rußland verglichen hat. Man ließ dabei gänzlich außer Acht, daß zwar die Juden in Rußland fast unorganisiert sind, daß aber in Kongreßpolen die Zustände von jeher ganz anders waren. In Polen besitzen die Juden seit Dutzenden von Jahren eine Gemeinde-Organisation, so daß die ganze Aufgabe der deutschen Verwaltung, bezw. des jüdischen Referats bei derselben darin bestand, die bereits existierende Gemeindeordnung zu verbessern.

Wenn man der Bevölkerung eines neuen Gebiets etwas bescheren will, ist es unentbehrlich, zunächst die Ansicht der zu Beschenkenden zu

hören. Dies wurde versäumt, und deshalb weist die neue Gemeindeordnung — trotz des besten Willens auf Seiten der jüdischen Referenten — im Vergleich mit der bisherigen nicht nur Vorzüge, sondern auch Nachteile auf. Da hierüber seinerzeit in der jüdischen Öffentlichkeit ausführlich gesprochen wurde, wollen wir hier nur die Hauptpunkte nochmals hervorheben. Die Lichtseite der neuen Organisation war die Festlegung der Gemeindeaufgaben, die Abschaffung des Vermögenszensus und die Zentralisierung in Gestalt des „Obersten Rates". Die Schattenseite war, daß man eine künstliche Klerikalisierung durch eine aufgezwungene Zahl von Rabbinern geschaffen, einen Bildungszensus eingeführt und die Mitglieder ernannt hat. Die letztere Maßregel war für die Juden besonders schädlich, denn dadurch wurde in die jüdische Selbstverwaltung ein hemmendes Element, nämlich Anhänger der künftigen (jetzt schon gegenwärtigen) polnischen antisemitischen Verwaltung hineingepreßt. Immerhin hätten die Lichtseiten überwogen, falls der vornehmlichste Vorzug: die Demokratisierung, wirklich in die Tat umgesetzt worden wäre. Dies hing von der Auslegung des § 5 Punkt 6 ab, der besagt, die Voraussetzung des aktiven Wahlrechts sei „Zahlung von Umlagen zur jüdischen Gemeinde." Die neue Verordnung war nämlich den Juden selbst nur dann erwünscht, wenn dieser Punkt so ausgelegt wurde, daß jeder Jude, der sich bereit erklärt auch nur den kleinsten Beitrag zu zahlen, dadurch Stimmrecht erwarb. Diese Auslegung durfte natürlich die künftige Gemeinde nicht stören, jeden Juden mit solcher Steuer zu belegen, die er seinem Vermögen gemäß imstande ist, zu zahlen. Hingegen brauchte der genannte Punkt nicht so verstanden zu werden, daß nur demjenigen Stimmrecht zusteht, der jetzt Steuer zahlt, denn jetzt, — dank dem hohen Wahlzensus und anderen Folgen der dunklen Zarenzeit — schaltet und waltet in der Gemeinde ein Häuflein von assimilierten Großkapitalisten, die mit den jüdischen Massen weder in nationaler noch in religiöser Hinsicht etwas zu tun haben.

Es ist deshalb verständlich, daß die Erläuterung des vorerwähnten Punktes im demokratischen Sinn zum Zentralpunkt der nationaljüdischen Wünsche wurde. Dieser Forderung schlossen sich übrigens auch die Orthodoxen und die demokratisch gesinnten Assimilanten an, sodaß sie den Willen der ganzen polnischen Judenschaft bezeichnete, mit Ausnahme eines Häufleins extremer Assimilanten, die auch nicht einmal wagten, ihr reaktionäres Verlangen laut vorzutragen, da sie sich ja vor den Augen der polnischen Gemeinschaft als Fortschrittler und Demokraten gebärden mußten.

Trotz alledem erfolgte eine geraume Zeit lang keine Erläuterung. Die jüdische Gemeinschaft gewann den peinlichen Eindruck, daß das jüdische Referat nicht mit dem offenen Willen der überwiegenden Mehrheit der Juden rechnet, sondern mit den geheimen Bemühungen des mächtigen Häufleins. Den demokratischen Nationaljuden blieb nichts übrig, als auszudrücken, daß falls ihre Forderung nicht durchdränge, das Gros der Juden überhaupt kein Interesse habe, an den Wahlen teil zu nehmen. Dies war ganz verständlich, da sich bei Nichtberücksichtigung der Demokratisierung die wenigen Vorzüge der Verordnung in Nachteile verwandeln. Dank der privilegierten ersten Intelligenzkurie haben die Kapitalisten, denen allein bis jetzt die Schulbildung zugänglich war, ohnehin die Hälfte der Mandate in ihrer Hand; dank der Handhabung der Steuer sind sie ferner imstande, auch in der zweiten Kurie ihren Anhängern eine große Zahl von Plätzen zu sichern, und die kleine Zahl von Nationaljuden, die sich durch dieses Netz hindurchschleichen können, waren nur stumme Zuschauer des allzu bekannten Vorgehens der polonisierten Machthaber und ihrer Helfershelfer. Der Unterschied würde nur darin bestehen, daß diese Paradejuden, dank der ausgedehnten Kompetenz der Gemeinde, jetzt noch mehr Macht in die Hände bekommen.

Nach langen Bemühungen gelang es den Nationaljuden, eine Verordnung zu erwirken, der zufolge jeder Jude, der sich verpflichtet **eine** Mark Umlage zur Gemeinde zu zahlen, Stimmrecht besitzt.[1] Es schien, daß nach dieser amtlichen Erklärung alles in Ordnung wäre. Die Wirklichkeit zeigt leider etwas ganz anderes. Das ganze Verfahren bezüglich der Verordnung hat uns bewiesen, daß irgendwo eine Hand am Werk ist, der daran liegt, eine Organisation der Juden zu verhindern. Bei den verschiedenen Umgestaltungen im polnischen Leben haben wir gesehen, daß man vor allem um die Meinung der polnischen Gemeinschaft fragt, und daß man die geplanten Reformen mit der gebührenden Schnelligkeit durchführt. In den **jüdischen** Angelegenheiten beobachten wir gerade das Gegenteil. Einmal werden die Juden gar nicht gefragt, zweitens bleiben die Reformen nur auf dem Papier. Seit der Veröffentlichung der Gemeinde-Verordnung ist bereits mehr als ein Jahr verstrichen, und nicht nur ist sie noch nicht eingeführt, sondern wir können nicht einmal ahnen, ob, wann und in welcher Form dies geschehen soll.

Was dahinter steckt, wurde den Juden alsbald bekannt. Wir erfuhren nämlich, daß die polnischen Antisemiten höchst wahrscheinlich gar nicht wünschen, die Juden organisiert — wenn auch nur auf religiöser Grundlage — zu sehen, besonders mit einem irgendwie demokratischen Stimmrecht. Zum Werkzeug ihrer Bestrebungen haben die polnischen Antisemiten die extremen „jüdischen Polen" gemacht, die ebenfalls sehr gern den jüdischen „Separatismus" bekämpfen. Und was die Antisemiten wollen, wird ihnen jetzt gewährt, damit die Neutralität in den polnisch-jüdischen Angelegenheiten bewahrt bleibt!

Nachdem die Verordnung nun ein Jahr lang auf dem Papier steht, hat sich der polnische Staats-

[1]) Wie es sich jetzt erweist, gilt diese Demokratisierung nur für Warschau und Lodz, in der ganzen Provinz bleibt alles beim alten.

rat entschlossen, eine „jüdische“ Kommission einzusetzen, um die ganze Organisation zu prüfen und sie eventuell zu „verbessern“. In diese Kommission wurden natürlich nicht Vertreter der jüdischen Parteien einberufen, sondern einzelne Personen ernannt, unter denen die assimilatorisch-orthodoxen Kreise überwiegen und die demokratischen vollständig übergangen sind. Zur Augentäuschung wurde ein Nationaljude ernannt, aber nicht ein Vertreter einer nationaljüdischen Partei, sondern ein Mann, der bei den Polen als Zionist gilt, obgleich er schon vielmals erklärt hat, daß er der zionistischen Partei nicht angehört. Was bei der Arbeit der Kommission herauskommen wird, ist unbekannt. Sie arbeitet im Dunklen, über ihre bisherige Tätigkeit hält sie sich nicht einmal verpflichtet einen amtlichen Bericht zu erstatten. Die nationaljüdischen Parteien haben ihr gegenüber ihr Mißtrauen öffentlich zum Ausdruck gebracht. Schließlich arbeitet die Kommission genügend langsam. Wenn ihre Arbeit beendigt sein wird, will der polnische Staatsrat — vielleicht in mehreren Instanzen — zur Prüfung schreiten. Ob die neue Umgestaltung überhaupt für die Juden annehmbar ist und wann sie fertig wird, weiß niemand.[2]) Das Schulgesetz ist uns eine Warnung, uns irgendwelchen optimistischen Illusionen hinzugeben.

Indessen ist eine auf moderne Grundlagen gestützte Gemeinde den polnischen Juden jetzt mehr als je dringend nötig. Das Elend ist ungeheuer groß. Um dem Übelstand abzuhelfen, muß man die vermögenden Juden besteuern, um die Armen vom Hungertod zu retten. Mit freiwilligen Opfern kann es nicht gemacht werden. Auch die Spenden von auswärts haben eine viel geringere Bedeutung, wenn keine entsprechende Einrichtung vorhanden ist, um dieselben zu verwalten. Ganz davon zu schweigen, daß den Juden Polens in jetziger geschichtlicher Zeit eine Einrichtung unentbehrlich ist, die zum künftigen Lebenskampfe in wirtschaftlicher, bürgerlicher und nationaler Hinsicht vorbereitet.

Wenn im „Jüdischen Referat“ die Meinung herrscht, daß die Judenfrage in Polen eine interne Frage der polnischen Verwaltung ist (die bezeichnenderweise in vielen anderen Fragen noch gar nicht fungiert) und daß die „Neutralität“ und „Nichteinmischung“ befiehlt, dem Juden nichts zu gewähren, was den polnischen Antisemiten unlieb ist, ihnen indessen alles zu oktroyieren was die letzteren wollen, so ist das vielleicht auch ein Standpunkt. Aber in diesem Falle ist es doch überflüssig für Juden Gesetze zu ersinnen, die dann nicht ausgeführt werden und ein „jüdisches Referat“ zu unterhalten, das sowohl die Juden wie die öffentliche Meinung irreführt.

[2]) Den jüdischen Zeitungen zufolge, sollen die Mitglieder der Kommission gesagt haben, die Arbeit werde ungefähr ein Jahr in Anspruch nehmen.

Mendele Mocher Sforim.

Der Nestor der neuhebräischen und jidischen Literatur S. J. Abramowitz, genannt Mendele Mocher Sforim (Mendele der Bücherhändler), ist, wie wir in unserer letzten Nr. kurz berichteten, am 8. Dezember im Alter von 81 Jahren in Odessa gestorben.

S. J. Abramowitz, geb. 1836 in Kapulo (Gouv. Minsk), gilt als Vater und talentvollster Vertreter der modernen jüdischen Belletristik in beiden Sprachen. Die Geschichte seines Schaffens ist zugleich die Geschichte der jüdischen Literatur der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Seine ersten kritischen und publizistischen Aufsätze über Erziehungs- und Kulturfragen, die er Ende der 50er Jahre in der zu Lyck erscheinenden hebräischen Wochenschrift „Hamagid“ und in Sonderausgaben veröffentlichte und sein Erstlingsroman „Väter und Söhne“ (1863) wurzeln noch völlig in der Aufklärungstendenz jener Epoche. Mit seiner hebräischen Bearbeitung der Lenzschen Naturgeschichte weckte er das Interesse der Talmudjünger für die ihnen verschlossenen Schätze und Geheimnisse der Natur. In seinen jidischen Romanen „Das kleine Menschele“ (1865) und „Die Taxe“ (1869) legte er die Wunden des jüdischen Ghettolebens in Rußland unter der korrupten Herrschaft Nikolai I. bloß und in seiner meisterhaften Allegorie „Die Kljatsche“ (Die Stute, 1873), die mit zu den beliebtesten und weitverbreitetsten Werken der jidischen Literatur gehört, erzog er das Ghettovolk zur Selbstachtung und zur Erneuerung seiner Lebensgrundlagen. Den Höhepunkt seiner künstlerischen Reife erreichte er in den letzten Jahrzehnten seines Schaffens durch seine großen Romane „Fischke der Krummer“ aus dem Gemeinschaftsleben der Schnorrer, „Die Reisen

Benjamins des Dritten", eines Don Quichote des Ghettos und vor allem in „Wünschfingerl", einem klassisch gewordenen Roman aus der Zeit der „Kantonisten", jener als Knaben von der Straße aufgegriffenen und zu lebenslänglichem Heeresdienst gezwungenen russischen Juden, die den Dichter in die Reihe der besten Erzählungskünstler der Gegenwart stellen.

Abramowitz gebührt das Verdienst, der alten hebräischen Gelehrtensprache die Biegsamkeit und das lebendige Kolorit des Sprechens verliehen und die Rede des jüdischen Volksmunds in eine reiche, künstlerisch bildsame Sprache verwandelt zu haben. Er war Lehrer und Vorbild der meisten neuhebräischen und jüdischen Schriftsteller, die ihn als ihren „Seiden" (Großvater) betrachten. Das Volk verehrte seinen greisen Dichter. Vor einigen Jahren unternahm er eine Reise durch die größeren Städte des Ansiedlungsrayons, wobei er in Wilna, Warschau, Lodz, Bialystok usw. von Zehntausenden seiner Verehrer auf den Bahnhöfen und in Volksversammlungen mit Jubel empfangen wurde.

Die gesammelten Werke von J. S. Abramowitz erschienen in seiner Jubiläumsausgabe in jidischer (bis jetzt 18 Bände, Verlag Mendele, Wilna) und in hebräischer Sprache (bis jetzt 3 Bände, Odessa). Einige seiner Werke sind ins Russische und Polnische übersetzt. In deutscher Sprache erschienen Stücke aus seinen Arbeiten in Zeitschriften und Sammelbüchern.

P. J. Troelstra über die Judenfrage.

Der bekannte Sozialistenführer hat einem Vertreter des Jüdischen Pressebureaus in Stockholm seine Anschauung über die Judenfrage ausgesprochen, die wir nachstehend veröffentlichen.

„Es ist eine unleugbare Tatsache, daß die Judenfrage in ihrem gegenwärtigem Stadium eine nationale Frage geworden, daß sie nicht mehr eine Frage bloß bürgerlicher, d. h. individueller Gleichberechtigung ist. Diese Auffassung hat in den Reihen der sozialistischen Internationale erst in letzter Zeit Platz gegriffen. Ich muß bekennen, daß ich selbst hier umgelernt habe und zwar in hohem Grade durch die Bekanntschaft mit den Poale-Zion.

Die Judenfrage ist in den Ländern der jüdischen Massensiedlung, in Rußland, Polen und Galizien, Rumänien eine der wichtigsten nationalen Fragen und ihre Lösung ist nur auf Grund der Personalautonomie möglich . . . .

Es ist mir in den Stockholmer Vorkonferenzen aufgefallen, mit welcher Reserve sich die ukrainischen Vertreter zum Gedanken eines unabhängigen Polens verhielten, von welcher Angst sie beherrscht waren, die Polen könnten ihre Selbständigkeit zur Niederhaltung der nationalen Minderheiten mißbrauchen. Ich gestehe, daß ich die Verhältnisse in Polen zu wenig kenne, um mir ein Urteil darüber bilden zu können, inwiefern diese Angst begründet ist. Ich bin aber jedenfalls überzeugt, daß die Forderungen der Ukrainer und Juden berechtigt sind und daß in den Gebieten, wo die Polen die Mehrheit der Bevölkerung bilden, auf internationalem Wege Maßnahmen dafür getroffen werden müssen, daß die Freiheit der Polen nicht die Unterdrückung der nationalen Minderheiten bedeuten soll. Wie die Stellung der Juden in Polen geregelt werden soll, darüber haben wir vom Jüdischen Sozialistischen Arbeiterverband Poale-Zion einen interessanten Gesetzentwurf erhalten, der ein wertvolles Material für die internationale Kommission der Mächte sein wird, die das Statut des Friedensbundes der Völker auszuarbeiten haben wird . . .

Was Palästina betrifft, so halte ich die Forderungen des Poale-Zion-Verbandes zur Stockholmer Konferenz für durchaus berechtigt. Alle Hindernisse für die jüdsiche Einwanderung und Kolonisation in Palästina müssen beseitigt werden, und es muß dem jüdischen Kolonisationswerk durch internationale Rechtsverhältnisse die Möglichkeit freier Entwicklung gesichert werden. Ich bin kein Freund kommunistischer Kolonien, wie sie in früheren Jahrzehnten als Mittel zur Lösung der sozialen Frage ins Leben gerufen wurden. Die jüdische Kolonisation in Palästina entspringt aber ganz anderen Motiven. Sie will den entwurzelten Massen wirtschaftliche Arbeitsgelegenheit bieten und stützt sich auf starke nationale Triebe. Das jüdische Volk hat Anspruch darauf, daß ihm die Freiheit der kolonisatorischen Betätigung gesichert werde. Deshalb fordert unser Friedensmanifest den internationalen Schutz für die jüdische Kolonisation in Palästina."

Die Organisation der jüdischen Handwerker.

Von N. Schwalbe.

Von der Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse in Polen während des Krieges hat die städtische Bevölkerung am meisten zu leiden, insbesondere die Handwerker und der kleine Fabrikant, sowohl der Unternehmer wie auch der Arbeiter. Der kleine Händler und Vermittler kann sich leichter an andere Verhältnisse anpassen und von einer Branche zur anderen übergehen. Viel schlimmer ist jedoch die Lage jener Leute, die von der Arbeit ihrer Hände zu leben gewohnt

sind. Die christlichen Handwerker haben eigene Organisationen und Vereine, die von der städtischen Selbstverwaltung und anderen Institutionen des Landes Unterstützung genießen. Für die jüdischen Handwerker sind diese Hilfsquellen verschlossen, und sie sind auf die privaten jüdischen Unterstützungsvereine angewiesen, die wegen der schlechten finanziellen Lage der jüdischen Gemeinden sehr wenig leisten können.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die in Polen bestehenden jüdischen Handwerkervereine unter der Leitung des Warschauer jüdischen Handwerkervereins einen Delegationsrat für die verschiedenen Gewerbe gebildet haben, der zur Ausführung des folgenden von ihm entworfenen Programms geschritten ist:

1. Einberufung eines jüdischen Handwerkerkongresses in Polen.
2. Vorbereitungen zur Schaffung eines jüdischen Handwerkerverbandes für ganz Polen.
3. Erweiterung der Rechte der Handwerker-Vereinigungen, Befugnis zur Ausstellung von Diplomen usw.
4. Selbstkontrolle im inneren Leben der Handwerkervereine.
5. Gründung von Schiedsgerichten zwischen den Handwerkern, sowie zwischen den Unternehmern und Arbeitern.
6. Organisation des Einkaufes von Rohmaterialien nach dem Kriege.
7. Schaffung von billigem Kredit und Darlehenskassen für Handwerker.
8. Einrichtung von Ausstellungen für Arbeiten jüdischer Handwerker.
8. Entfaltung einer Werbetätigkeit unter den Handwerkern, um sie zum Anschluß an die zentralen städtischen Handwerkervereine zu veranlassen.

Besondere Aufmerksamkeit wird man der Bildung von Einkaufsgenossenschaften für Rohmaterialien zuwenden müssen, denn nach dem Kriege wird dies eine der brennendsten Fragen sein, und die Lage vieler jüdischer Handwerker wird davon abhängen, ob sie im Bedarfsfalle die nötigen Materialien zu den entsprechenden Preisen erhalten. Deshalb müssen noch vor Beendigung des Krieges Schritte in dieser Hinsicht auch von den Westjuden unternommen werden.

Die zweite wichtige Frage ist die Beschaffung billigen Kredits für die jüdischen Handwerker. Vor dem Kriege gab es kleine jüdische Leih- und Sparkassen für Handwerker und Kleinhändler, wobei die Händler stets in erster Linie berücksichtigt wurden. Jetzt werden neue Kreditanstalten geschaffen oder die alten derart umgebildet werden müssen, daß die produzierenden Massen den Händlern gegenüber keineswegs im Nachteil sind. Zu diesem Zweck werden die Handwerker-Organisationen mit den allgemeinen jüdischen Gesellschaften zur Hebung der ökonomischen Lage der Juden sich verständigen müssen.

Auch die jüdische nationale Intelligenz, die sich bisher mit der ökonomischen Lage der Juden sehr wenig beschäftigt hat, wird zukünftig dem jüdischen Handwerker theoretische Bildung vermitteln müssen, die er bisher so sehr entbehrt. Vor dem Kriege hat die Ika das jüdische Handwerk unterstützt, aber in Polen hat sie wenig getan, was vielleicht auf die ungenügende Organisation des Handwerkes zurückzuführen ist.

Der Handwerker muß auch eine Fachzeitung in jüdischer Sprache haben. Wie ist es aber damit bestellt? Es gibt in Warschau einige Assimilatoren, die für eine solche Zeitschrift Mittel aufbringen wollen, jedoch unter der Bedingung, daß sie in polnischer Sprache erscheint. Einer von ihnen hatte eingewilligt, die Zeitschrift in polnischer Sprache erscheinen zu lassen, worauf aber die anderen noch extremeren Assimilatoren nicht eingehen wollen. Auf der anderen Seite haben die „Volkisten“ für das jüdische Handwerk noch wenig geleistet; denn obwohl sie eine Fachzeitschrift ausschließlich in jüdischer Sprache geplant haben, haben sie hierfür noch keinerlei Mittel aufgebracht. So hat der jüdische Handwerker bis heute noch kein Fachorgan, kein lebendiges Wort für Fachbildung und -Orientierung. Im Jahre 1913 hat eine Gruppe jüdischer Intellektueller die Herausgabe einer jüdischen Zeitschrift „Handel und Gewerbe“ unternommen, die jedoch wegen mangelhafter finanzieller Unterstützung nach dem Erscheinen des zweiten Heftes eingegangen ist. Ein zweiter Versuch zur Schaffung eines so dringend notwendigen Hilfsmittels wird hoffentlich mehr Erfolg zeitigen. „Haint“.

Welt-Echo

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wählte am 17. Dez. zu Vorsitzenden Geh. Justizrat Dr. Eugen Fuchs, Justizrat Dorn und Bankier Ernst Wallach.

Major Evelyn Rothschild, der zweite Sohn des verstorbenen Barons Leopold v. Rothschild, Vetter des fast zur gleichen Zeit mit ihm gefallenen Neil Primrose ist, wie ein Privattelegramm aus dem Haag berichtet, in Palästina an erhaltenen Wunden gestorben.

Vorbereitungen zu einem jüdischen Kongreß in Österreich. Am 23. Oktober fand in Wien eine vom „Jüdischen Nationalverein in Österreich" veranstaltete Versammlung der Kultusbeamten statt, die sehr zahlreich besucht war. Den Vorsitz führte Rechtsanwalt Dr. Kassner, der die Aufgaben des Nationalvereins in längeren Ausführungen erklärte.

Das Hauptreferat hielt der Obmann des Vereins, Kultusvorsteher Oberingenieur Stricker, der die Grundzüge eines jüdischen Volksprogramms für einen jüdischen Kongreß in Österreich behandelte. Er betonte die unbedingte Notwendigkeit der Einheitlichkeit jüdischer Politik in allen Kronländern, ferner einer Annäherung zwischen Führern und Volk. Alle jüdischen Gesellschaften, daher auch die Kultusgemeinden, müssen dem demokratischen Zeitgeist Rechnung tragen, und dürfen der Wahrung der jüdischen Volksrechte keine Hindernisse bereiten. Er betonte ferner den immer wachsenden Antisemitismus in Österreich, den nur ein geschlossenes österreichisches Judentum bekämpfen könne.

Die besonderen Aufgaben der Kultusbeamten beleuchtete der Sekretär der jüdischen Kultusgemeinde, Jacob Kraus. Ein Referat über das jüdische Erziehungswesen hielt Dr. Heinr. Glanz-Sohar.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 23. Oktober 1917 auf Einladung des Jüdischen Nationalvereins versammelten Angestellten der jüdischen Kultusgemeinden begrüßen den Vorschlag auf Einberufung eines österreichischen jüdischen Kongresses, der vor allem die Sicherung der Rechte des jüdischen Volkes durch die österreichische Verfassung zu fordern und die Vorbedingungen einer Gesamtorganisation der österreichischen Judenschaft auf demokratischer Basis zu schaffen hat. Sie fordern alle Kollegen im Reiche auf, ihre Kräfte in den Dienst dieser Sache zu stellen."

Interpellationen. Die „Jüdische Rundschau" berichtet aus Wien: Der neue Dekan der medizinischen Fakultät an der Krakauer Universität Professor Dr. Emil Godlewski jun. hatte während der Immatrikulationstage alle jüdischen Hörer und Hörerinnen, die auf dem Anmeldungsformular die Rubrik „Nationalität" mit „jüdisch" ausfüllten, mit der Erklärung abgewiesen, daß zuerst die Hörer polnischer Nationalität berücksichtigt werden. Godlewski berief sich dabei auf einen Beschluß des Professorenkollegiums der medizinischen Fakultät, daß Nichtpolen nicht aufgenommen werden. Über dieses antisemitische Verhalten des Dekans haben der Reichsratsabgeordnete Dr. Benno Straucher und einige andere Abgeordnete an den Minister für Kultus und Unterricht eine Interpellation eingereicht.

Eine zweite Anfrage stellten Dr. Straucher und Genossen an den Landesverteidigungsminister wegen der judenfeindlichen Haltung militärischer Behörden. In der Pulverfabrik Moosbierbaum (Skodawerke) war es den jüdischen Mannschaften gestattet worden, an den Rosch-Haschana-Feiertagen den Gottesdienst zu besuchen. Am zweiten Feiertag erschien ein Stabsfeldwebel der Polizeiwache am Ort des Gottesdienstes und befahl im Auftrag seines Oberleutnants, daß alle Andächtigen sich sofort zur Arbeit zu begeben hätten. Außerhalb des Gotteshauses erwartete die jüdischen Soldaten eine ganze Legion bewaffneter Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten, die die jüdische Mannschaft trotz des hohen Feiertags zur Arbeit trieben.

Mazzos für Heeresangehörige. Die Versorgung der Heeresangehörigen im Felde und in der Heimat, soweit sie nicht ständig einem bürgerlichen Haushalte angehören, mit Mazzos, findet ausschließlich durch die Verbandstelle der „Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums, E. V.", Frankfurt a. M., Schützenstr. 14, statt.

Die in Betracht kommenden Heeresangehörigen haben die Bedingungen des Versandes schleunigst, spätestens aber bis zum 15. Januar 1918, bei der „Freien Vereinigung" zu erfragen.

Es wird im allgemeinen nur unmittelbar durch Feldpost an die militärischen Besteller unter der Adresse des Truppenteils geliefert. Den Mazzosempfängern wird gemäß Verfügung des Kriegsministeriums vom 12. Dezember 1917 Nr. 2798. 11. 17 B 2 die tatsächlich in ihren Besitz gelangte Mazzosmenge mit dem gleichen Gewicht auf die ihnen zustehende Brotmenge angerechnet und das Brotgeld dafür ausbezahlt.

Druckfehlerberichtigung: In dem Beitrga Dr. Leon Reichs „Ein Judenkongreß in Österreich" (Nr. 50) heißt es irrtümlich auf Zeile 8: „Nationalität" statt „Solidarität".

Feuilleton

Geschichten von Rabbi Mojsche Leib von Sassow.

Rabbi Mojsche Leib von Sassow (gestorben im Jahre 1807) war einer der interessantesten Zadikim seiner Zeit. Vor etwa 10 Jahren erschien seine Sammelschrift „Le Kuta Mahram“ (Herausgeber Moses Berger).

Die Heirat.

Als der Sassower nach seinen Studien in die Lehrstube seines großen Meisters, des Nikolsburger Rabbi Schmelke, oblag, hörte er einmal dem Gespräche zweier armer Juden zu. Der eine beklagte sich über sein großes Leid. Er habe eine Tochter zu Hause, 35 Jahre alt, häßlich und überdies noch dumm, sodaß keine Aussicht da sei, sie unter die Haube zu bringen. — Am zweiten Tage ließ sich der Sassower durch einen Vermittler dem verzweifelten Juden als Schwiegersohn vorschlagen und machte das arme häßliche Mädchen zu seiner Braut. Der heilige Nikolsburger äußerte sich später stolz über diese Tat seines Schülers, indem er sagte: Mein Mojsche Leib hat der Liebe einen neuen Weg gebahnt, der bis in die höchsten Sphären führt. Als Mojsche Leib unter der Chuppa (dem Baldachin) zu seinem Weibe die Worte sprach: „Du bist mir angetraut nach den Gesetzen Mosches und Israels“, da haben ihn die Engel beneidet. Seine Liebe ist gewebt und geflochten aus den heiligen Funken jener Liebe, die zur Vermählung des Heiligen, gelobt sei er, mit Israel geführt hat.

Wie man den Nächsten lieben muß.

Der Sassower erzählte seinem Jünger, dem Zydaczower: Die Erkenntnis wahrer Nächstenliebe verdanke ich einem Gespräche zweier Dorfleute, denen ich zuhörte. Erster: „Sage mir Freund Iwan, liebst du mich?“ Zweiter: „Ich liebe dich sehr!“ Erster: „Weißt du auch Freund, was mir weh tut?“ Zweiter: „Wie kann ich denn wissen was dir weh tut?“ Erster: „Wenn du nicht weißt was mir weh tut, wie darfst du sagen, daß du mich lieb hast?“ „Versteht du Hersch,“ führte der Sassower aus, „lieben, echt lieben, heißt wissen, was dem andern weh tut.“

Der Preis für die Befreiung eines Juden.

Als der Sassower nach acht Jahren eifrigen Studiums sich von seinem Meister, dem Nikolsburger verabschiedet hatte, gab ihm dieser eine Goldmünze zum Andenken mit, sowie Proviant für die Reise. Der Sassower machte seine „Reise“ in die Heimat zu Fuß. Wie er so in Gedanken versunken seinen Weg nimmt, wurde er durch ein gräßliches Jammern plötzlich aus seinen frommen Gedanken aufgeschreckt. Er erfuhr bald zu seiner Bestürzung, daß der polnische Gutsherr seinen Wirtshauspächter wegen Rückstand des Pachtzinses seit einigen Tagen im Keller eingesperrt hätte. Da gab es also eine Gelegenheit, Gutes zu zu tun. Zunächst warf der Sassower dem schmachtenden Juden seinen ganzen Essvorrat durch das Kellerloch. Sodann begab er sich in das Schloß, um wegen der Befreiung des Eingekerkerten zu verhandeln. Zur Tilgung der zweihundert Silbergulden betragenden Schuld bot der Sassower seine Goldmünze an, das teuere Geschenk seines verehrten heiligen Meisters. Handelte es sich doch um die Befreiung und Loslösung eines Eingekerkerten! Und hatte ihm der Rabbi nicht zu diesem Zwecke die Münze in die Hand gedrückt? Tief erschüttert war er aber, als der Gutsherr dieses Angebot zurückwies. Gekränkt entfernte er sich, kehrte aber nach einiger Zeit zurück, da ihm das Leid des armen Pächters zu Herzen ging. Nochmals meldete er sich beim Gutsherrn und bot ihm für die Freilassung des Gefangenen außer der Goldmünze noch sich selber als Sklaven an. Er wollte die Schuld durch Arbeit abtragen. Dieses Anerbieten erweichte aber auch das Herz des Gutsherrn; er befreite den Juden und ließ ihm für eine beträchtliche Zeit den Pachtzins nach.

Das Gottvertrauen des Diebes.

Der Sassower pflegte öfters Wanderungen zu unternehmen, milde Gaben zu sammeln und sich die Mittel zu beschaffen, um die von polnischen Gutsherren für rückständige Pacht eingesperrten Juden zu befreien und auszulösen. Einmal kam er von einer solchen Reise ohne jeden Erfolg zurück und dachte sich daher, er werde nunmehr solche Reisen einstellen, um die Zeit nicht überflüssig dem Studium der Thora zu entziehen. Nach einigen Tagen erfuhr der Rabbi, daß ein Jude wegen versuchten Diebstahles verhaftet wurde. Der Sassower beeilte sich, ihn in der Gefangenenzelle aufzusuchen und ihn zur Besserung zu ermahnen. Während dieser Mahnung sagte der Rabbi: „Nun, schmerzen dich die Prügel, die du erhalten hast? Da siehst du, Diebe werden schließlich ertappt. Hüte dich darum mein Sohn, von nun ab vor solchem Tun.“ Der Dieb aber

wendete ein: „Wenn ich auch einmal ertappt werde, soll mich das für immer abschrecken? Ich hoffe zum Allgütigen, man werde mich nicht mehr ertappen." Der Rabbi belehrte den armen Irrenden über seine Sünde gegen Gott und gegen die Menschheit. Nun aber sagte er sich: Wenn ein Übeltäter in seinem Gottesvertrauen durch einen Mißerfolg sich nicht erschüttern läßt, wie soll ich in meinem, dem Guten gewidmeten Unternehmen das Gottesvertrauen verlieren und durch einen einmaligen Mißerfolg mich abschrecken lassen?" Und so setzte er denn seine früheren Reisen fort.

Der Jude hält immer zu Gott.

Einmal sah der Sassower einen jüdischen Fuhrmann als dieser im Gebetriemen und Talis die Räder seines Wagens schmierte. Der Sassower rief freudig aus: „Herr der Welt! Siehe, wie treu Deine Kinder zu Dir halten. Auch beim Schmieren der Räder vergißt er nicht an Dich."



Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München

